

Russkassische Post



erschint 2-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonabend**

(vorläufig nur 1 mal wöchentlich.)

Geschäftsstunden: wöchentlich von 4-11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: In der Wohnung des verantwortl. Redakteurs — Sukaloff-Str. (früher Malaja Sudebnaja) Nr. 13. Du. 6, im Hof-wöchentlich von 4-7 Uhr abds.

Nr 42

Tiflis, Sonnabend, den 28. Oktober 1922.

14. Jahrgang.

Ührung eines deutschen Kulturträgers in Georgien.

Am 22. d. Mis. hat zu Tiflis, im Saale des Konservatoriums, die von der örtlichen Presse in Wochen bereits angefordigte Jubiläumstier unseres verehrten Landmanns Herrn Artur Leiß stattgefunden, die, veranstaltet vom Verband der georgischen Schriftsteller und Künstler, im Laufe des Abends zu einer Rundgebung von auerordentlicher Herzlichkeit und achtunggebender Einlichkeit nicht nur für den Jubilar selbst, sondern auch für sein großes Vaterland und unser geistiges Mutterland, für Deutschland, gestaltete.

An der Feier nahmen teil — nächst den Veranlassern derselben, den Vertretern der georgischen Literatur, Kunst und Wissenschaft —: eine Abordnung des Patriarchen von Georgien, bestehend aus einem Bischof und dem anderen Geistlichen, Abordnungen mehrerer Regierungen (Vollkommenskommissariate), sodann die Deutsche Diplomatische Vertretung für Transkaukasien in Person ihres derzeitigen Bevollmächtigten des eigentlichen Vertreters Dr. M. Hoff, der dienlichster Veranlassung nach Berlin berufen worden ist, Herrn Bijetonjus Theodor Nutsch, und anderer Mitglieder derselben, ferner Abordnungen zahlreicher geistlicher wissenschaftlicher und sonstiger Vereine, auch nicht-georgischer Vereine (armenischer u. a.), viele Studenten und Studentinnen, wie überhaupt ein ausserordentliches georgisches und deutsches Publikum.

Am blumengeschmückten Präsidiumstisch nahm das Komitee und in dessen Mitte der trotz seines vorgeschrittenen Alters (70 Jahre) immer noch mit jugendlicher Fröhlichkeit einhererschreitende Jubilar Platz.

Die Feier begann mit einem Vortrag des Bühnenmüllers Valerian Gunia, welcher in Kürze Artur Leiß' Wirken in Georgien während des Zeitraums von 10 Jahren schilderte und hervorhob, wie dieser deutsche Schriftsteller von Anfang an das Vertrauen und die Freundschaft aller damals das geistige Leben ihres Volkes leitenden in Georgien gewannen und allmählich immer weitere Kreise im deutschen Volke geneigt machte. Der Dichter Elias Schwartschawads, der geistige und nationale Führer des georgischen Volkes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war Leiß' intimster Freund im Laufe von 10 Jahren und gleichzeitig der einflussreichste Anhänger der georgisch-deutschen Freundschaft.

Alsdann hielt Professor Schalwa Kuzubidsse, von Staatsunabhängigkeit, eine schwungvolle, von Begeisterung getragene Rede, in welcher er den Jubilar als deutschen Kulturpionier feierte und das geistige Schaffen des deutschen Volkes verherrlichte. Auch seine Rede war durchdrungen von herzlichsten Dankgefühlen für den Jubilar und tiefinniger Freundschaft für Deutschland.

Nachdem hierauf noch ein Mitglied des Festkomitees sprach, erhielt Bijetonjus Th. Nutsch das Wort, begrüßt von lebhaftem Beifallstauschen, folgendes (in deutscher Sprache) sagte: „Namens der Deutschen Vertretung in Tiflis und des deutschen Volkes möchte ich den Jubilar, der in rühmlichem Alter und geistiger Reife hier vor uns steht, an seinem heutigen Ehrentage herzliche Glückwünsche aussprechen. Was Artur Leiß ist die Freundschaft und für die Annäherung der beiden Völker, des deutschen und des georgischen Volkes, getan hat, das steht nicht nur in Büchern gedruckt, das lebt

auch in den Herzen der Menschen. Die edle Gastsfreundschaft und Zuneigung, die er bei seinen Freunden, den Georgiern, gefunden hat, hat er auf die schönste Art vergolten, indem er in wissenschaftlichen Werken und schwingvollen Versen die edelsten Schätze der georgischen Literatur sowie auch das Wesen und das Leben der Georgier den Deutschen und durch sie der ganzen Menschheit bekannt gemacht hat. Artur Leiß war aber nicht einseitig, er ließ auch den andern Völkern der kaukasischen Länder volle und gerechte Würdigung zuteil werden. Namentlich weckte sein Interesse das geistig hochbegabte Volk der Armerier, dessen sprachliche Schätze er gleichfalls ans Licht zu bringen bemüht war. Über fremdem Wesen hat unser Freund Leiß aber nie seine eigene deutsche Heimat und sein Volk vergessen. Treu und zäh hat er auch in den schwierigsten Zeiten an dem Deutschen geblieben und es gefördert, wo er nur konnte. Wir Deutschen sind ihm dafür von ganzem Herzen dankbar. Möge es unserem verehrten Dichter und Menschenfreund noch lange vergönnt sein, in frischer und unermüdbar Tätigkeit in Rat und Tat den hiesigen Deutschen und ihren Freunden beizustehen, sowie die Liebe zu seinem Adoptiv-Vaterland weiter zu fördern.“ (Erneuter lebhafter Beifall.)

In einfachen, aber zu Herzen gehenden Worten brachte der anwesende Bischof des Patriarchen und seine persönlichen Glückwünsche dar, in denen sich die packende Kraft edler georgischer Gemüter so überwältigend kundgab, daß der Jubilar, fast zu Tränen gerührt, den greisen Prälaten umarmte. Auch diese Rede klang aus in herzlichen Dankworten für den deutschen Schriftsteller, der uneigennützig, besetzt von dem Wunsche, für sein Volk die Herzen der Georgier zu gewinnen, gleichzeitig unermüdblich bestrebt war, der Kultur des ihm lieb gewordenen georgischen Volkes Nutzen zu bringen.

Diese uneigennütigen Verdienste Artur Leiß' wurden übrigens von allen Rednern, wie vorher, im Laufe der vergangenen Woche, schon von allen Zeitungen, hervorgehoben.

Im Festsaale waltete der Geist der Freundschaft und Herzlichkeit, der Geist der Verbrüderung zweier Völker... Immer wärmer schlugen die Herzen, immer freundlicher glänzten die Blicke der Versammelten.

Hernach hielt Dr. Konstantin Gamschardia, der gebiegene Kenner und begeisterte Freund deutscher Kultur, Literatur und Wissenschaft, eine Rede in deutscher Sprache, in welcher er auf manche Neblichkeiten im Schicksalsgange beider Völker hindeutete, nachdem er in der am Morgen des Jubiläumstages erschienenen Nummer der Zeitung „Komisi“ Artur Leiß' Hauptwerk „Das georgische Volk“ eingehend besprochen hatte.

Alsdann sprach der Dichter Tizian Tabidse im Namen der georgischen Schriftsteller und späterer Gleichgesinnten mit schwungvollen und von herzlichster Freundschaft getragenen Worten des Jubilars vielseitige Tätigkeit, indem er seine Werte über Georgien einzeln beleuchtete.

Im Namen des Verbandes der Deutschen in Georgien brachte Dipl.-Ing. Geni Lamparter, als Vorsitzender des Zentral-Komitees des Verbandes, gleichfalls mit Beifall begrüßt, dem Jubilar die besten Glückwünsche des Verbandes dar. Hieran knüpfte Redner Betrachtungen über die „guten Beziehungen“, die seit der Einwanderung des deutschen Elements nach Georgien aus dem fernen Württemberg zwischen jenem und der georgischen Stambevölkerung unausgesprochen bestehen. Die „Abwanderung“ der Kolonisten von ihrer Umgebung, die Isolation, wie sie

vielfach, namentlich in jüngerer Zeit, den Kolonisten von verschiedenen Seiten vorgeworfen werde, müsse leider als bis zu einem gewissen Grade vorhanden zugegeben werden. Aber die Gründe eines solchen rein äußeren Verhaltens, die aber auch — dank der angebotenen Verbrüderung mit den zuständigen Behörden — bald beseitigt sein würden, hätten keinen Einfluß auf das innere Verhalten der Kolonisten zu den Georgiern, die sie sehr wohl als Freunde und Gönner zu schätzen wüßten. Hierzu habe nicht wenig die ausübende Tätigkeit des Jubilars mit beigetragen und dafür gebühre ihm herzlichster Dank usw.

Hierauf folgten noch andere Reden in georgischer Sprache, die alle in gleicher Weise die großen Verdienste des deutschen Schriftstellers feierten und der Verbrüderung seines deutschen Vaterlands galt. Auch begrüßte den Jubilar einer der Teilnehmer in armenischer Sprache, seine Verdienste um das armenische Volk in Wort und Schrift beleuchtend und anerkennend.

Ein Brief des größten zeitgenössischen armenischen Dichters Dwanne Zumanian (Zhe) an den Jubilar wird sodann gelesen. Er ist in russischer Sprache geschrieben und lautet in der Uebersetzung wie folgt: „Geehrter Freund Artur Leiß! In meinem tiefsten Bedauern hindert mich meine Krankheit, heute persönlich Ihrer Jubiläumstier beizumohnen. Sie besonders verdienen die Achtung und Dankbarkeit sowohl des georgischen als auch des armenischen Volkes und deren Schriftsteller. Insofern geschichtlicher Umstände blieben die Georgier und Armerier im Schatten, und ihr Schaffen war der Kulturwelt wenig bekannt. Sie sind einer von jenen sehr seltenen Männern, welche es unternahmen, diese Ungerechtigkeit zu bekämpfen und Ihrem großen Vaterlande wie auch ganz Europa zu zeigen, daß diese kleinen Völker, trotz ihres Mißgeschicks, im Geiste große und kühne Kämpfer für die erhabenen Ideen der Menschheit blieben und, indem sie ihre Schaffenskraft bewahrten, Werke hervorbrachten haben, die auch der Literatur großer Völker zur Ehre gereichen könnten. Auf diese Weise bringen Sie gleichzeitig eine weitgehende Völkerverbrüderung und Verbrüderung zum Ausdruck. Daher soll heute, am Tage Ihrer Jubiläumstier, das georgische „Waisa“ (Weiß) und das armenische „Reze“ (Ich lebe hoch!) zusammen klingen. „Waisa“ und „Reze“ dem alten, aufrichtigen Freunde unserer Völker Artur Leiß! — Ihr ergebener D. Zumanian.“

Hernach erhält noch der Vorsitzende der Ortsgruppe Tiflis des Verbandes der Deutschen in Georgien, Herr B. K. K. K., das Wort, der dem Jubilar die Glückwünsche der tüftler deutschen Kolonie darbringt, die seine feste Bereitschaft, ihr mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, vollaussernen und ihm dafür auch bei dieser Gelegenheit ihren Dank zum Ausdruck gebracht wissen wollen. Redner schließt mit einem Hoch! auf den Jubilar.

Gymnasialdirektor o. D. R. v. Hagin und der verantwortl. Redakteur der „R. P.“, Herr A. Fufajeff, die gebittet hatten, daß ihnen gleichfalls das Wort erteilt werden würde, damit sie dem Jubilar nochmals (s. vorige Nummer: Zeitgedicht und Vortragsstück) zu seinem Jubiläum, diesmal namens der Mitarbeiter bzw. des Redaktionskomitees der „R. P.“, öffentlich gratulieren könnten, sind bedauerlicherweise infolge eines zeitigen Mißverständnisses nicht in die Lage gekommen, zu reden, lesen aber voraus, daß der Jubilar ihr erzwungenes Schweigen nicht als gewollte Unterlassung gedeutet haben wird.

Die Feier schloß mit einer kurzen Dankesansprache.

sprache des Jubilars an die Festversammlung in georgischer Sprache, die mit lautem Beifall und noch lauter klingendem „Watscha“ aufgenommen wurde.

Aus der Kolonie Suremburg (Katharinenfeld) war folgende Depesche eingetroffen:

„Das Luzemburger Vollzugskomitee sendet dem teuren Jubilar herzliche Glückwünsche und wünscht ihm noch viele Jahre fruchtbarer und freudiger Arbeit zum Wohle der Völk.“

Ueber die Feier schreibt die Zeitung „Tribuna“ am 25. d. Mts.:

„Das war ein seltener Tag. Nicht deshalb selten, weil etwa in Georgien nur selten Jubiläen gefeiert wurden, die gewöhnlich nichts weiter sind als Benefizvorstellungen. Der 22. Oktober war dagegen ein Kulturfest von hoher Bedeutung.“ Nach der Festhaltung der einzelnen Festreden heißt es weiter: „Alle waren über diese Feier erheitert, es war ein wirklicher Festtag, verankert in Ehren eines hochverdienten Förderers der Menschheitskultur. Arthur Weiss' Name wird fortleben in der Geschichte des georgischen Volkes und in Ehren gehalten werden von kommenden Geschlechtern.“

Weitere Berichte aus georgischen Zeitungen folgen in der nächsten Nummer.

Politische Nachrichten.

Die geplante Reise deutscher Industrieller in die zerstörten Gebiete Frankreichs ist vorläufig aufgegeben. — Marcus de Lubersac ist inzwischen zu ergänzenden Verhandlungen, betreffend das Abkommen mit Sinnes und dessen praktische Durchführung, in Berlin gewesen und hat dem Präsidium und dem Reichskanzler seine Aufwartung gemacht, die ihm hierbei ihr Interesse an der Verwirklichung des Abkommens zum Ausdruck gebracht haben. — Am 23. d. Mts. begann in Berlin unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Silberstein und des französischen Senators Charpentier eine deutsch-französische Wiederaufbaukonferenz. Die deutsche Delegation betonte, daß, falls die Reparationskommission auf Erhöhung der Kohlenlieferungen an Frankreich bis zu 1.954.000 Tonnen bestehen sollte, alle Lieferungen und Schlichtungen in die zerstörten Gebiete sowie alle bisherigen Verträge hinfällig würden, da von den deutschen Bergarbeitern nicht noch höhere Leistungen verlangt werden könnten. Die französische Delegation stimmte dem bei und erklärte, daß sie sich bewegen an die französische Regierung wenden werde. — Vertreter der alliierten Ausgleichämter haben in Berlin mit der Reichsregierung die Frage der ins Stocken geratenen Ausgleichsablung in Deutschland (was es mit diesen auf sich hat, erzieht der Leser aus der besonderen Abhandlung hierüber weiter unten) Verhandlungen geführt, die am 21. d. Mts. durch eine Vereinbarung abgebrochen wurden, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von den Ausgleichsab-

lungen befreit sein soll. — Die Reichsregierung ist andauernd bemüht, alle in Deutschland vorhandenen Goldbestände zu sammeln, jedoch Desinfektions- und Beschaffung ausländischer Lebensmittel. Der Ankaufspreis für gold. Zwanzigmarkstücke ist auf 10.000 Papiermark erhöht worden. Reichsfilialbanken werden zum 250fachen Betrage ihres Nennwertes anelaufen. Ruzie in Berlin am 26. d. Mts.: Englisches Pfund = 19.850 M., Dollar = 4463 M., holl. Gulden = 1745 M. Bei Besprechung der wirtschaftlichen Not mit den Parteiführern (bis auf die Deutschnationalen u. Kommunisten) am 23. u. 24. d. Mts. wies der Reichskanzler Dr. Brüch auf die schwere Lage des Landes hin und warf hierbei die Frage auf, ob Sachlieferungen an die Entente überhaupt noch von Deutschland geleistet werden könnten. — Im Reichstag sprach man von der Absicht Brüch's, eine innerpolitische Reorientierung durch Schaffung einer größeren Koalition, d. h. Hinzuziehung zur gegenw. Regierungskoalition (Zentrum, Demokraten u. Sozialisten) noch anderer Parteien, vor allem der Deutschen Volkspartei, herbeizuführen oder eine neue, gewissermaßen überparteiliche Regierung zu bestellen. Die Berliner Blätter betonen übereinstimmend, daß man vor wichtigen, zu erhellenden Entscheidungen ließe. Nach späterer Meldung, vom 25. d. Mts., wird sich die notwendige Umbildung der Regierungskoalition und des Reichskabinetts voraussichtlich krisenlos vollziehen und seine Ergänzung, sondern vielmehr eine Stärkung und Befestigung der innerpolitischen Zustände des Reichs zur Folge haben. — Die Reichsregierung hat eine Reihe bevorzugerter, finanziell sehr vorteilhafter Ausländer nach Berlin eingeladen, zwecks Beratung darüber, wie bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands Währung stabilisiert werden könnte. Von den eingeladenen Sachverständigen werden genannt: Professor Cassel aus Schweden, enl. Wirtschaftspolitiker Kepnes u. a. Die Beratungen sollen baldigst beginnen. — Die Reparationskommission hat in der Nachmittags-sitzung des 24. d. Mts. beschloffen, Sonntag Abend nach Berlin zu reisen, um mit der deutschen Regierung über Abkommen zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark zu verhandeln. Barthou wird die Abordnung führen. Wie verlautet, wird auch Vardubur mitkommen. Die Reparationskommission wird wenigstens 1 Woche in Berlin verweilen. Ergänzend ist zu bemerken, daß an amtlicher französischer Stelle berichtet wurde, daß in der Frage, betreffend die Kontrolle der deutschen Finanzen, zwecks Regelung der Reparationszahlungen Deutschlands, zwischen dem englischen (Vardubur) und französischen (Barthou) Standpunkt eine Annäherung erfolgt sei. Die drohende Gefährdung der deutschen Finanzsicherheit ist behauptet noch keineswegs als beseitigt. — Die Vertretungsverordnung des Präsidenten (i. vor. Nr.) soll, da sie im Reichstag auf ernstem Widerstand, in seinen droht (es muß, um Gesetz zu werden, durch diesen beistimmig werden), während der Zeit, für welche der Reichstag sich versagt hat (bis 7. Nov.), Gegenstand gründlicher Besprechungen bilden, und zwar zwischen der Reichsregierung einerseits und hervorragenden Berliner Bankfachleuten bzw. den Parteiführern andererseits. Eine Besprechung mit den Bankfachleuten hat bereits am 25. d. Mts. stattgefunden. — Die Reichspräsidentenwahl soll, laut Beschluß des Reichstags (mit 7/8 Stimmenmehrheit, weil Verfassungsänderung enthaltend) nicht jetzt, sondern erst im Jahre 1925 vor-

genommen werden. Die Vollmachten des bisherigen Präsidenten Czeret sind bis zum 30. Juni 1925 befristet worden. — Bonaire hat die japanische Regierung davon verständigt, daß die Orient-Konferenz am 13. Nov. d. J. in Kaufman (Schweiz) zusammenzutreten werde. Für die Beteiligung Sowjetrusslands an dieser Konferenz (Tatsächlich fordert auf neue, daß Russland auch zu dieser Konferenz, nicht bloß zur Weereng-Konferenz, zugelassen werde) soll eine „Formel“ gefunden werden sein, welche — ist noch unbekannt. — Das allerwichtigste Ereignis der vergangenen Woche bildet der Rücktritt des engl. Kabinetts Lord Georges, an dessen Stelle ein Kabinet Bonar Law getreten ist. Näheres über das Ereignis mitzuteilen, behalten wir uns für die kommende Nummer vor.

Worum handelt es sich bei den „Ausgleichs- zahlungen“ Deutschlands?

Worum es sich bei dem „Ausgleichsverfahren“, dem durch den Versailles Vertrag eingerichteten Clearing-System (Regulierung des Wechselverkehrs), eigentlich handelt, das ist, so meint das Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung“, wahrscheinlich heute noch der Mehrzahl der Franzosen wie der Deutschen kaum bekannt. Und das ist begreiflich. Denn ursprünglich konnte man den Art. 296 des Friedensvertrags, auf dem die ganze Einrichtung fußt, für eine rein technische Angelegenheit halten, lediglich bestimmt zur technischen Gleichrichtung des durch den Krieg 4 1/2 Jahre lang unterbrochenen Zahlungsverkehrs zwischen den Bürgern der kriegführenden Staaten. Im Kriege hatten die Staaten ihren Bürgern alle Zahlungen an Bürger eines feindlichen Auslandes verboten. So mußte nun mit dem Ende des Krieges eine reibende Abrechnung von privaten Schulden herüber und hinüber einleiten: alles, was bei Beginn und während des Krieges an Warenschulden, an Kapital und Zinsen jeder Art fällig geworden und nicht bezahlt worden war, war nun mit einem Male zu fordern und zu begleichen. Dafür stanzte nun der Versailles Vertrag ein Abrechnungsverfahren zwischen Deutschland und allen übrigen Siegerländern, die nach ihrer Wahl davon Gebrauch machen wollten. Die Abrechnung geht durch staatliche Ausgleichskämter. Den Privatisten ist die direkte Forderung und Zahlung unterzagt. Die Gläubiger haben ihre Forderungen bei dem Amt ihres Heimatlandes „angemeldet“, dieses gibt sie an das Amt des Schuldners weiter, dort wird die Forderung geprüft und bei Richtigkeit festgestellt, und nun rechnen die beiden Ämter monatlich miteinander ab und zahlen die Gläubiger aus. Soweit ist alles eine harmlose banktechnische Angelegenheit. Aber dabei ist es nicht geblieben. Zunächst bestimmte der Art. 296, daß jeder an dem Clearing-Verfahren teilnehmende Staat die Haftung für die Schulden seiner Bürger, soweit sie nicht schon vorher zahlungsunfähig waren, zu übernehmen habe. Und das wurde für Deutschland sehr wesentlich im Zusammenhang mit der weiteren Bestimmung, daß die deutschen Schulden an ausländische Gläubiger in der Währung des betreffenden Auslandes zu bezahlen sind: das Reich hatte damit den ausländischen Gläubigern für den vollen Betrag ihrer Valutasforderung auch dann, wenn die deutschen Schuldner durch den Krieg und die Währungsgerichtigkeit zur Zahlung nicht instande waren; es hatte für den vollen Goldbetrag auch dann, wenn es sich um Markforderungen handelte, die an sich jetzt, wie in Deutschland selbst, nur in Papiermark zu zahlen gewesen wären, und

Feuilleton.

Die Türkei der Gegenwart.

Schizzen von N. Spoloffski-Distz.*)

I. Kurze Uebersicht über die Ereignisse der letzten Jahre. (2. Fortsetzung.)

Der im September 1919 einberufene Etwasische Kongreß wählte ein Zentralkomitee der „Gesellschaft zum Schutze der nationalen Rechte Anatoliens und Armeniens“ und zu dessen Vorsitzenden — Muhsappa Kemal-Pascha. Auf dem Kongreß wurde das Programm der nationalen Bewegung nochmals durchgesehen und endgültig befestigt, wobei als Grundprinzip und Hauptziel die Bewahrung der Integrität und Unabhängigkeit des türkischen Volkes in seinen ethnographischen Grenzen, die man bis zuletzt mit der Waffe in der Hand zu verteidigen beschlossen hatte, angenommen wurde.

Die Beschlüsse des Kongresses wurden zur Kenntnis der Konstantinopeler Sultansregierung und der Vertreter der verbündeten Mächte gebracht. Zugleich wurde auch bestimmt, dem Sultan die Forderung über die Entlassung des Großveziers Damad Ferid-Pascha, der ein blindes Werkzeug in der Hand der westeuropäischen Mächte war, zu stellen.

Damit die Beschlüsse des Kongresses und seine Forderungen an den Sultan nicht nur leere Worte wären,

sollte man in Anatolien eine Armee unter Leitung Muhsappa Kemal-Paschas, die nur sehr viele der zu den Kadern gehörenden Offiziere gruppiert waren.

Dann wurde in den Gebieten, wo die „Gesellschaft zum Schutze der nationalen Rechte“ Einfluß hatte, die alte, von Konstantinopel ernannte administrative Drogheit durch eine neue, den Ideen der nationalistischen Bewegung sympathisch gestimmte ersetzt.

Nach dem Etwasischen Kongreß fing ein offener Kampf zwischen der alten Regierung Damad Ferid-Pascha und der sich neu bildenden Regierung Muhsappa Kemal-Pascha an. Die Konstantinopeler Regierung machte den Versuch, mit bewaffneter Hand die nationale Bewegung zu bekämpfen. Sie stellte gegen Kemal-abzählige Truppen auf, die sich aber fast alle dem Segner anschlossen, so daß der letztere bald darauf zum Angriff, im Sinne einer Erweiterung der Grenzen seines Einflusses, übergehen konnte und großen Erfolg hatte.

Die Konstantinopeler Regierung und der Sultan waren gezwungen, in vielen nachzugeben; so wurde an Stelle des Damad Ferid-Pascha ein neuer Großvezier — Mit-Misa-Bey — ernannt, der als außerhalb des Parteienspiels stehend galt und ebenfalls geeigneter für den gegebenen Moment zu sein schien als der von den Nationalisten verhasste Damad Ferid. Zugleich wurde die Regierung Mit-Misa-Bey verpflichtet, eiligst die Wahlen ins Weibhsil's Parlament vorzunehmen und dasselbe so schnell als möglich in Konstantinopel einzuberufen. Mit der Einberufung des Weibhsil's in letztgenannter Stadt wollte die Regierung die Zurückeroberung des Zentrums des politischen Lebens des ganzen Staates nach Konstantinopel erzielen, um die Aufmerksamkeit und die Hoffnungen auf Wiedergeburt des Landes mit Hilfe der nationalistischen Bewegung, an deren Spitze Kemal stand, abzulenken.

Aber die Wahlen fielen für die Konstantinopeler Regierung sehr ungünstig aus. Nach Bekanntgabe des Standes der Wahlen entwickelten die Mitglieder der „Gesellschaft zum Schutze der nationalen Rechte“ eine große Agitation und Propaganda. Die „Gesellschaft“ hatte in ihrem Bestande viele Anhänger der früheren Partei „Einigkeit und Fortschritt“ und eine ungeheuer große Zahl aktiver, physischbewusster Personen aus der höchsten Bourgeoisie, der Offizierschaft und teilweise der Geistlichkeit, die es verstanden, die Wahlen zu organisieren und die erwünschten Kandidaten zu Mitgliedern des Weibhsil's zu machen. Die Engländer wollten ebenfalls — mit materiellen Mitteln und mit Hilfe ihrer Agenten — einen Einfluß auf die Wahlen ausüben. In Etwas, Wasjata und einigen anderen Gebieten, die schon in der Gewalt der Nationalisten waren, stanzten Aufstände gegen das neue Regime und die neuen Vertreter der Administration auf. Zweifelsohne geschah dieses nicht ohne Einfluß des englischen Geldes und unter Mitwirkung der Konstantinopeler Regierung. Jedoch hat solches den Nationalisten nur zum Ruhen gereicht; denn letztere benutzten die Unruhen zur Rechtfertigung verschiedener Repräsentationen, zur Kontrolle der Wahlen seitens der Militärbehörden und zur Durchführung der ihnen erwünschten Kandidaten. Die Repräsentanten drückten 3. V. darin aus, daß die Weibhsil's der christlichen Bevölkerung entweder gar nicht zu den Wahlen zugelassen, oder gerötigt wurde, auf diese zu verzichten.

Das Resultat der Wahlen war ein glänzender Sieg für die Nationalisten: gegen 7/8 der gewählten Deputierten des neuen Weibhsil's erwiesen sich als Anhänger des Programms der Nationalisten, wobei sich in ihrer Mitte Muhsappa Kemal-Pascha, Neuf Bey und viele andere Führer der nationalistischen Bewegung befanden. Allerdings war

*) Uebersetzung der Abschnitte 2 ff. einer in der „Sarja zwofola“ jüngst erschienenen Artikelserie. — D. Schrift.

Summe dieser Forderungen wuchs durch Entscheidungen der gemischten Schiedsgerichtshöfe, 3 P über Forderungen von Kriegskriegern, gigantisch an. Vor allem Deutschland sie zwar zahlen, aber nichts bekommen. Und an diesem Punkte trifft das Problem der Ausgleichszahlungen mit dem Gesamtproblem der deutschen Reparationslast und der deutschen Leistungsfähigkeit überhaupt zusammen.

Wie schon erwähnt, sollte die Abrechnung zwischen den Kriegsteilnehmern jeden Monat erfolgen und der Saldo dann binnen einer Woche von dem Schuldnerstaat durch bare Zahlung beglichen werden. So bestimmt es der erste Absatz des 11 der Anlage zu Art. 296. Der zweite Absatz des gleichen Paragraphen aber fügt hinzu, daß Salden zu Gunsten Deutschlands, bis zur völligen Bezahlung der den alliierten und assoziierten Mächten oder ihren Staatsangehörigen aus infolge des Krieges geschuldeten Summen einbehalten werden sollen. Also: ergab sich im Monat ein Rest zu Gunsten Deutschlands, so wurde er einbehalten, ergab sich ein Rest zu Deutschlands Lasten, so mußte es ihn zahlen. Das war schon eine sehr schwere Belastung. Es kam hinzu, daß durch die Inflation, durch die jählichen Schwereigkeiten des Verfahrens wie durch bürokratische Schwerfälligkeiten die Abtragung der Schulden sehr verzögert wurde, während sich die Last immer weiter vergrößerte: alles, was durch direkte Vereinbarungen zwischen deutschen und ausländischen Geschäftleuten an gegenseitigen Erleichterungen hätte erzielt werden können, wurde so unmöglich gemacht. Und schließlich zeigte es sich, als das Verfahren begann, daß die anderen mit ihren Vorbereitungen dafür sehr viel weiter waren als die deutschen Behörden; in den ersten Tagen kamen die Forderungsummeldungen, vor allem aus England, in riesigen Säcken und Körben an, während die Deutschen noch ganz im Rückstande waren — so ergaben sich zuerst an den Monatsenden ganz gewaltige Summen zu Lasten Deutschlands, die es dann binnen einer Woche zahlen mußte, natürlich zum Schaden der Währung. Vor einem Jahr kam dann glücklich ein Abkommen zustande, das diese Schäden mildern sollte. Es wurde vereinbart, daß Deutschland nicht mehr jeden Monat eine unveränderbare Summe zahlen sollte, sondern einen festen Betrag von monatlich 2 Millionen Pfund Sterling. Das war eine Erleichterung, aber keine genügende. Denn immer wieder zeigte es sich, daß Deutschlands Lage in dem Ausgleichsverfahren unbillig verschlechtert wurde durch die überaus langsame Abwicklung der deutschen Forderungen, die jetzt nicht mehr nur der Vermögensverlust der ausländischen Behörden zur Last fiel. Die monatlichen Kreditbeträge zu Lasten Deutschlands werden dadurch viel größer, als es dem tatsächlichen Stande entspräche. Und so rechnet man jetzt an deutschen Stellen, daß Deutschland insgesamt noch etwa 500 Millionen Goldmark zu zahlen haben werde — wenn diese Summe nicht durch die unverständlichen Entscheidungen der gemischten Schiedsgerichtshöfe noch unerwartet ver mehrt wird! — während danach, wenn das Verfahren endlich fortkehrte, sich erhebliche zu Gunsten Deutschlands ergeben werden. Das heißt also, daß Deutschland erst in der Zeit, in der es sich am wenigsten vermag, große Beträge an Deuten abführen muß, während es Gütern zu einer Zeit erhalten wird, in der es entweder bereits gänzlich zu Grunde gerichtet oder wieder auf dem Wege der Erholung war! Die Erkenntnis der Unmöglichkeit dieses Verfahrens ist denn auch schon seit geraumer Zeit im Machen. Schon in Gannes wurde die Herabsetzung der Monatszahlung von 2 auf 1 1/2 Millionen Pfund Sterling, also von 40 auf 30 Millionen Goldmark, in Aussicht genommen,

es nicht allen neu gewählten Deputierten möglich, nach Konstantinopel zu fahren. Mustafa-Kemal-Pascha und einige andere fanden, daß es hoffnungslos und sozwar unerträglich wäre, sich in Konstantinopel, bedroht von Repressalien seitens der Verbündetenflotte, zu versammeln und mit den Staatsangehörigen zu beschäftigen.

Die Vertreter der alliierten Mächte, die früher die nationalistische Bewegung nicht als eine ernste, fest wurdende Bewegung betrachteten und geglaubt hatten, sie würde allmählich schwächen, mußten nun, nachdem ihnen das Resultat der Wahlen bekannt geworden war, ihren Bedauern des Reichs mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen.

Die offizielle Eröffnung des Konstantinopeler Parlaments fand am 12. Januar 1920 statt. Schon in den ersten Tagen erkannte man angelehnt der Beschlüsse des Parlaments, daß die zusammengekommenen Deputierten das Programm der nationalistischen, femalischsten Bewegung vollständig teilten, wobei in den Maf, der sich zur Rettung der Heimat" gebildet hatte, fast alle Abgeordneten eingetreten waren. In der Sitzung vom 28. Januar 1920 wurde fast einstimmig das berühmte Programm "Pacte national", "Nationales Gelübde", "Nationale Vereinbarung" angenommen, welches bis zum heutigen Tage der Leitlinie der neuen Türkei ist.

Dieses "Nationale Gelübde" enthält das Minimum von alledem, was nach der Meinung des Parlaments die ganze türkische Regierung zur Rettung des Landes durchzuführen mußte.

In das "Nationale Gelübde" war die Mehrzahl der Beschlüsse des Erkrumers und Smaschen Kongresses aufgenommen; es wies auf die Notwendigkeit der Freiheit und Selbstständigkeit des Landes, auf die Entfremdung des Besatzungsheers und auf eine Reihe wichtiger unterzäl-

die nur unterließ, weil ja Gannes durch den Sturz Briands überhaupt keine definitive Resultate ergab. Das erneute deutsche Erühen um Suspension der Parzahlungen lag durchaus in der Linie der bisherigen Einwirkung, und namentlich in England schien es auch auf volles Verständnis zu stoßen. Um so schlimmer und um so tödlicher ist der jetzige heftige Widerstand Frankreichs.

Jetzt ist die deutsche Last in einem Maße entwertet, das noch vor absehbarer Zeit kein ernsthaft Urteilender für irgend erträglich gehalten hätte; der deutschen Wirtschaft droht neue, tief aufwühlende Umwälzung und den breitesten Schichten des unglücklichen deutschen Volkes eine neue Herabdrückung ihres Daseins durch eine Forderung, die fürschbar werden wird. Es ist eine irrationale Politik, die Frankreich hier gegen Deutschland treibt, irrationale deshalb, weil sie ja nicht nur Deutschland, sondern auch jede Aussicht auf Reparationszahlung und damit Frankreichs Finanzen und Wirtschaft mit ruinieren muß!

Die Politik der europäischen Kabinette vor dem Weltkriege und die Schuldfrage.

E. W. — Schon im Sommer 1919 hatte die deutsche Regierung beschlossen, den kurz vorher veröffentlichten deutschen "Dokumenten zum Kriegsausbruch", geordnet und geordnet von R. Rautky und Graf Montzels, baldmöglichst eine Sammlung weiterer Vorkriegsaktens des Auswärtigen Amtes folgen zu lassen. Die mit der Lösung dieser Aufgabe betrauten Dr. Albrecht Wendelschön-Bartholdy, Dr. Johannes Lepsius und Dr. Friedrich Lohme ordneten die Veröffentlichung aber auf den ganzen Zeitabschnitt des deutschen Kaiserturns, von 1871—1914, aus, da damals bereits die Meinung zutage trat — namentlich in Frankreich —, die angeblich ausschließliche Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges schon aus dem vermeintlichen Streben Bismarcks nach der Vorherrschaft in Europa abzuleiten. Deutschland habe den Weltkrieg — so hieß es — von langer Hand vorbereitet und vorzüglich entfesselt, da es „nach der Welt Herrschaft strebte“. Deutschland hat aber bekanntlich vom Frankfurter Frieden (1871) bis zum August 1914, also volle 43 Jahre, in Frieden gelebt, während zahlreiche Völker Kriege geführt haben. Freiwillig breitet es nun unter dem Titel „Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914“ seine Geheimakten vor der Öffentlichkeit aus, von denen bis jetzt die ersten 6 Bände erschienen sind.

Da diese Veröffentlichung von ganz hervorragender Bedeutung ist und vor allem die Behauptung von der Kriegstreiberi Deutschlands in dem besagten Zeitraum und damit auch die Behauptung von der ausschließlichen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges Lügen straf, lassen wir im Nachhinein aus den 6 Bänden eine gedrängte Uebersicht der wichtigsten Stellen folgen.

I. Band.

Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen 1871—1877.

Der Wortlaut des Versailler Präliminarfriedens (vorläufiger Frieden) vom 26. Februar 1871 bildet das erste Dokument der Sammlung. In Artikel 1 berichtet Frankreich zu Gunsten des Deutschen Reiches auf Elsas-

licher Reformen auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens hin.

Gewissermaßen als Antwort wurde die englische Flotte durch einige Schiffe verfrachtet. Das Parlament setzte aber seine Arbeit in derselben Richtung fort. Es verlangte die Uebergabe Damaskus als das Gericht, veranlaßte das Kabinett Ali Pascha-Bey zur Abdankung und bildete ein neues — Salid-Pascha, in dessen Bestand viele Nationalisten entzraten.

Das Reichsliß ging noch weiter: es beschloß die Entthronung des Sultans zu erlangen, da dieser auf seiten der Verbündeten stand, und ihn durch den Thronfolger oder einen anderen Prinzen zu ersetzen. Es wurde in Aussicht genommen, den neuen Sultan und das Parlament überzuliegen aus Konstantinopel in das Innere Anatoliens zuverführen und ihn und sich selbst von den Regimenter der nationalen Armee beschützen zu lassen.

Solch eine Tätigkeit des Parlaments erschien dem Sultan und insbesondere den Vertretern der Verbündeten als herausfordernd und vollständig unzulässig, und beschloßen sie daher, dasselbe gewaltsam zu liquidieren, d. h. das Parlament zu sprengen.

Am 16. März nahm der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte in Konstantinopel mit Hilfe einiger Truppenteile die wichtigsten und bedeutendsten Institutionen der türkischen Regierungen ein, und zwar in erster Linie die Gebäude des Kriegs- und Marineministeriums, das Telegraphenamt, die Post, das Postamt, das Arsenal und andere. In der Stadt wurde der Belagerungszustand erklärt. Am selben Tage wurden auch viele Minister, Abgeordnete, höhere Beamte, Offiziere und andere Personen, die den Verbündeten feindselig gesinnt waren, arestiert.

Alle diese Maßregeln waren von den drei Oberkom-

Lotbringen, östlich einer genau benannten Linie, in Artikel 2 verpflichtet es sich, Deutschland 5 Milliarden Mark im Verlaufe dreier Jahre, gerechnet von der Ratifikation (Bestätigung) des Vertrages, zu zahlen. Die Klärung des französischen Gebiets wird in Art. 3 von der Einhaltung der verbündeten Zahlung abhängig gemacht. In das Ringen um den erbgültigen Frieden führen und die nachfolgenden Aktenstücke. Die Verhandlungen des Generals von Fabric, des Vertreters Bismarcks in Frankreich bei der Ausführung des Präliminarfriedens, mit dem französischen Minister Jules Favre im April und Mai 1871 wurden dadurch erheblich erleichtert, daß die Versailler Regierung sich des Aufstandes der Kommune in Paris zu erwehren hatte. Die Aktenstücke zeigen, wie weit man damals deutscherseits den Wünschen der französischen Regierung entgegengekommen ist, obwohl sich beispielsweise Ende April noch über 1400 deutsche Offiziere und Soldaten vertragswidrig in französ. Kriegsgefangenschaft befanden. Noch ehe die Versailler Regierung ihre Abmachung mit der Kommune erledigt hatte, wurde Bismarck zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ermächtigt und der Frankfurter Friede durch die französische Nationalversammlung am 18. Mai 1871 angenommen.

Durch den Verlust des Krieges und den Ausbruch der Revolution war in Frankreich jede Staatsautorität erschüttert. Bei allen Unterhandlungen über die Erfüllung der Zahlungspflicht (Kriegskostenabklärung) u. die damit verbundene Klärung des franzos. Gebiets durch die deutschen Truppen mußte die Versailler Regierung erkennen, wie sehr sie noch der inneren Festigung bedürfte. Fürst Bismarck hat damals alles getan, was in seinen Kräften stand — die Durchsicht der Dokumente N 19 bis N 58 zeigt es deutlich —, um mit Frankreich zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen, obwohl Jules Favre selbst zugeben mußte, daß die französische Presse sich „in maßloser Weise in Hybris ergrabe“.

Bald auch versuchte Frankreich mit Hilfe ausländischer Mächte, vor allem der russischen Großmacht, auf Deutschland einzuwirken. Der französisch-russische Zuebund beauftragte, seine Schatten in die Seele des Deutschen Reichsanzulekern zu werden. Außerdem folgte Bismarck aus dem Umstände, daß Frankreich fortgesetzt erhebliche Mittel für militärische Zwecke aufwandte, den Ansporn Frankreichs, „noch immer die Rolle der ersten Militärmacht des Kontinents spielen zu wollen“. Je näher der Zeitpunkt der Gebietsräumung heranrückte, umso lebhafter beteuerte Diers, der Präsident der französischen Republik, den friedlichen Charakter seiner Politik. Bismarck aber erkannte, daß er zu Frankreich niemals in wirklich friedliche Beziehungen gelangen würde. Das benehmt sein Schreiben an den Deutschen Vorkämpfer in Paris, Grafen Arnim, vom 2. Februar 1872, in dem er alle Bemühe, um die Liebe Frankreichs zu werden, als unsichtbar und mit der Würde des Deutschen Reiches unvereinbar femenzend. „Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Verhandlung als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bundesheer so weit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. So-

malieren, dem englischen, dem französischen und dem italienischen, natürlich zur Anordnung der entsprechenden Regierungen, im voraus bestimmt und dann durchgeführt worden. Inwiefern solche gehörte die Justiz in dieser Angelegenheit vor allem England.

Der ist der Wille und die grenzenlose Vergewaltigung, welche die Vertreter der westeuropäischen „Kulturstaaten“ an der Türkei verübt haben, besonders unbillig getragte getrieben. Der Ausschuss des Parlaments, das unerschütterliche an dem Willen und Bedürfnisse der Nation war, beharrte einst gewaltigen Angriff in die unsere Leben des Landes und eine vollständige Verarmung alles dessen, was das Volk für notwendig hält.

Nach zwei Tagen veranlaßte sich das Konstantinopeler Parlament wieder, welche infolge der Beschäftigungen nicht in seinem vollen Bewußtsein. Die übergebenen Abgeordneten erhoben einstimmig Protest gegen die Okkupation Konstantinopel durch die Streitkräfte der Verbündeten und gegen die Verhaftung der Minister und Deputierten, die noch immer fest auf die Insel Malta verfrachtet wurden, von wo sie erst 1921 in die Freiheit zurückzuführen vermochten.

Am 18. März machte das Parlament bekannt, daß es seine Tätigkeit auf unbestimmte Zeit eingestellt habe, und seitdem hat es auch dieselbe nicht wieder aufgenommen.

(Fortsetzung folgt.)

hald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, den Krieg zu erklären. — Die weiteren Verhandlungen über die Zahlung der Kriegskosten Entschädigung und die Klärung des besetzten Gebietes gehen aus den Dokumenten № 102 bis 113 hervor. Am 15. September 1873, vormittags 11 Uhr, überschritten die letzten deutschen Truppen die deutsche Grenze. Frankreich war damit vollständig geräumt.

An die Stelle des „Gebietsbefreiers“ Thiers war als Präsident der Republik Mr. Robyn, der „glorreiche Befreier von Sedan“, getreten. Deutschlands Lage schien verschlechtert. „Sohn sein“, schrieb Bismarck am 2. Juli 1873, „ist eine Befriedigung und Ermüdung unserer Gegner in den erklärten feindlichen Lagern und bei den unzufriedenen Regierungen zu erkennen.“ Umso wichtiger wurde daher der Zusammenstoß der drei alliierten Kaiserreiche — Deutschland, Oesterreich und Rußland — durch das „Dreikaiserbündnis“ vom 6. Juni 1873. Als Hauptzweck dieses Abkommens wurde bezeichnet: „den Frieden Europas zu sichern und alle Kriegsmöglichkeiten zu entfernen.“

Eine recht unerfreuliche Episode der französisch-deutschen Beziehungen wurde am 3. August 1873 dadurch eröffnet, daß der Bischof in Nancy in den Kirchen der Diözese Nancy und Toul, auch in denen zu Deutsch-Lothringen gehörigen, zu Gebeten für die Wiedervereinigung mit Preußen und Straßburg mit Frankreich auffordern ließ. Frankreich zeigte sich zu Bismarcks Forderung, diese bischöfliche Handlungsweise zu mißbilligen, nicht bereit. Die peinliche Auseinandersetzung zwischen Berlin und Paris endete schließlich damit, daß Frankreich die Verletzung des Bischofs von Nancy in Zukunft stellte. Niemand's Anschauung von der Deutschland von Frankreich drohenden Gefahr wird durch eine Reihe von Schriftstücken klar bezeugt, die er in der gedruckten Zeitschriften mit dem Deutschen Botschafter in Petersburg, Prinzen Heinrich VII. Reuß, gewechselt hat. „Wir haben“, so schreibt er am 23. Januar 1874, „den Ernst und die Leiden eines jeden Krieges, auch eines siegreichen, würdigen gelernt und sind entschlossen, denselben zu vermeiden, solange sich uns nicht die Ueberzeugung aufdrängt, daß er unvermeidlich ist.“ Und in dem Brief vom 28. Februar heißt es: „Niemand kann sich darüber täuschen, daß, wenn Frankreich wieder klar genug ist, den Frieden zu brechen, der Friede zu Ende sein wird... Wir verfolgen keine Macht, sondern eine Sicherheitspolitik.“

Im Februar 1875 wurde in Berlin bekannt, daß in Deutschland 10 000 Militär-Reisende ohne Preisbeschränkung unverzüglich für Frankreich ausgeliefert werden sollten. Im März desselben Jahres wurde ein neues Armeekorps gegen Frankreich berufen, das jedem franz. Armeekorps einen Ueberzugs von 8 Bataillon, gegenüber jedem deutschen zu sichern schien. Die deutsche Presse nahm nach und nach diese Tatsachen leidenschaftlich auf, zumal am 5. April 1875 die „Költische Zeitung“ einen Artikel mit der Ueberschrift „Neue Allianzen“ und die „Post“ einen sehr alarmierenden Aufsatz „Ist der Krieg in Sicht?“ veröffentlicht hatten. Beide Artikel galtten zunächst als amtlich inspiriert, was durchaus unzutreffend war. Der euroasiatische Kabinettschlichter hatte eine erhebliche Umkehr. In England herrschte zeitweise die Meinung, Deutschland wolle jetzt seine Rechnung mit Frankreich entgeltlich begleichen. Demgegenüber wies Bismarck am 12. Mai 1875 mit Recht darauf hin, Deutschland habe im Kriege nichts, Frankreich aber sehr viel zu gewinnen. Das ist dieselbe Fehlschlus, wie sie auch von den belästigten Diplomaten in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege immer wieder gemacht worden ist.

Wie sehr aber Bismarck bedacht war, der französischen Politik jeden mit Deutschland Interessen aus nur einigermassen vereinbarten Erfolge zu verschaffen, zeigt u. a. sein Verhalten gegenüber dem Betreiben der französischen Regierung, das Sehnverhältnis zwischen Tunis und der Türkei zu lösen und Tunis in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich zu bringen. In einem Schreiben vom 10. Januar 1875 an den Fürsten Hohenzollern bezeichnet er es als ein nicht zu beschöpfendes Verbrechen, wenn die französische Politik in Nordafrika und dem türkischen Orient ein Feld ihrer Tätigkeit suche. Das lebhafteste Mißtrauen des Fürsten Bismarck gegen die französische Politik begründete sich zunächst auf die in Berlin bekannt gewordenen Versuche Frankreichs, eine Verpfändung der russischen Allianzpolitik zu bewirken.

Die Summe der im ersten Band mitgeteilten Aktenstücke liegt in der Hoffnung aus, daß es auch weiterhin gelingen möge, den Krieg zu vermeiden.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Karte der deutschen Siedlungen Südrusslands.

D. A. J. — R. Stumpp, ein deutscher Kolonistenführer aus der Ukraine, hat eine Karte der deutschen Siedlungen in Südrussland im Auftrage des Deutschen Auslands-Institut, Stuttgart, entworfen, die im Maßstab 1:500 000 und in Schwarzdruck (siehe oben) erschienen und in Deutschland durch den Verlag „Ausland und Heimat“, Stuttgart (Neues

Schloß), zum Preise von 10 Mk. zuzüglich Porto zu beziehen ist. Als Unterlagen haben die amtlichen russischen 3-, 10- und 25-Verstärker geblieben. Die Arbeit wurde im Geographischen Institut der Universität Tübingen unter Anleitung von Prof. C. Uhlirg ausgeführt. Das Kartenbild umfaßt die Gouvernements Cherson, Jekaterinow, das Dongebiet und Taurien (samt der Krim), überdies das jetzt rumänische Bessarabien. Es gibt außer dem Netz der Flüsse, Eisenbahnen und bedeutendsten Wege die Lage von 624 deutschen Siedlungen an, deren Namen bis auf 30 eingetragen sind. Deutlich treten auf der Karte etwa 9 große Gruppen deutscher Siedlungen hervor; sie liegen im südlichen Bessarabien, im westlichen und südwestlichen Cherson (weitere Umgebung von Odessa), im südlichen Cherson, im westlichen, nördlichen und südlichen Jekaterinow (letztere nördlich von Mariupol), im westlichen Dongebiet, im nördlichen Taurien (um Melitopol) und in der nördlichen und mittleren Krim. Die Karte wurde von der Topographischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamts in 1:500 000 ins Reine gezeichnet und dann photomechanisch auf 1:150 000 verkleinert. Die Karte ist für die Erkenntnis des Deutschland dieser Gebiete von politischer Bedeutung. Sie dürfte der Wissenschaft sowie politischen und wirtschaftlichen Kreisen gleichermaßen willkommen sein. Was freilich die Hungernöte von den einst blühenden Siedlungen übrig gelassen hat und was weiter eusehen wird, kann erst die Zukunft sagen.

Vom Herderinstitut zu Riga.

D. A. J. — Das Herderinstitut zu Riga veranstaltet in diesem Herbst Ferienkurse, zu denen eine ganze Anzahl von Einladungen an führende Gelehrte des Deutschen Reiches und der Universität zu Dorpat in Estland ergangen sind. Mit diesen Ferienkursen knüpft das Herderinstitut an die von der russischen Literaturkritik Gesellschaft im Leben gerufenen Fortbildungskurse an, die im Jahre 1913 eine große Anzahl deutscher Gelehrter zu wissenschaftlichen Arbeiten und anregendem geselligen Verkehr in einem am Riga'schen Strand vereinigen. Die Kurse werden nicht nur in den deutschen Kreisen Bekanntheit eine Fülle von Wissen und Anregung verbreiten, sie werden auch den reichsdeutschen Völkern ein lebendiges Bild vom Stand des Deutschtums in Lettland vermitteln und so unmittelbar und im schönsten Sinn zur geistigen Verbindung von Auslandsdeutschtum und Heimat beitragen. Bei der erfreulichen Entwicklung des Herderinstituts kann hoffentlich damit gerechnet werden, daß die Ferienkurse in Zukunft zu einer regelmäßigen Einrichtung werden.

Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.

Vom Schulwesen in den Kolonien.
Schon im Frühling 1. J. auf der Delegiertenversammlung des Verbandes der Deutschen in Georgien, hat der Berichterstatter der Schulaktion des Zentral-Komitees allen Ernstes auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Schulwesen in den Kolonien aufzubehalten. Diesen Umstand sehen die glücklicherweise auch viele in den Kolonien ein. Einige unserer Kolonien haben sich entschlossen, ihre Schule zu erweitern und zu normalen Arbeitsschulen (8-jähriger Kurse) auszugestalten. Zu diesen gehören die Kolonien Marienfeld und Elisabeththal. Die Marienfelder Schule besitzt bereits vier Lehrkräfte, die fünfte wird demnächst entreehen. Auch in Elisabeththal, das keine weiteren Lehrer angestellt hat, sieht man die Notwendigkeit einer Verändkung des Lehrpersonalis fast allgemein ein.

Alexandersbühl hat leider einen gewissen Rückschritt, wenigstens äußerlich, zu verzeichnen, indem es nur 2 Lehrer gegenüber 3 im vorigen Jahr an seiner Schule hat. Nach seiner Kinderzahl kaum höher als Marienfeld, sollte Alexandersbühl vom pädagogischen und methodischen, ja, von jedem anderen Standpunkt aus betrachtet, weniger die dreifache Zahl von Lehrern haben. Jedenfalls, für weitere zwei Kräfte müßte die Kolonie unbedingt sorgen, wenn sie nicht hinter den anderen zurückbleiben will.

Die kleineren Kolonien Balchheim und Georgstal sind nicht über eine Lehrkraft hinausgekommen. Diese Kolonien dürften nicht vergessen, daß es eigentlich ein Uebel ist, bei einer in mehrere Schuljahre geteilten Kinderzahl, auch wenn diese ganz klein ist, nur eine Kraft zu haben. Es sollte alles angewandt werden, um viele Zustände verschwinden zu lassen. Und es gibt Auswege, bei denen die Gemeinden nur einmal allzu tief in den Sack zu greifen haben werden, wovon man sich wohl am meisten fürchtet.

In Traubenberg, das ungefähr dieselbe Kinderzahl hat wie Balchheim, liegen die Verhältnisse etwas besser. Schon im vorigen Jahr hat man dort einen zweiten Lehrer angestellt, und in diesem Besande arbeitet die Schule in diesem Jahr weiter.

Die neue kleine Siedlung Grüntal, die noch nicht gebaut hat, beschäftigt erstenshervor, doch noch im Laufe dieses Winters ein Schulhaus herzustellen und den Unterricht für die schulpflichtigen Kinder zu eröffnen. In einer sehr schwierigen Lage befindet sich die Alexandersdorfer Schule, an der bisher zwei Lehr-

rer tätig waren, von denen einer zu Beginn des Schuljahres abgegangen ist. Von einer erfolgreichen Arbeit kann bei der großen Kinderzahl und den 6 Abteilungen in dieser Schule nicht die Rede sein. Hier gilt es, vor allem für die Gemeinde, dann aber auch für unsere Organisation, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um unüberwiegend wenigstens den zurückgebliebenen Lehrer zu ersetzen und so die nötige Abhilfe zu schaffen. Wir meinen aber, daß es damit nicht genug ist. Nicht minder wichtig wäre die Aufbesserung der Bedingungen, unter denen die Lehrer arbeiten.

Einen eingehenderen Bericht über unsere Schulen behalten wir uns für die nächste Zeit vor. Aber schon aus diesem kurzen Ueberblick ergibt sich, daß Gemeinden und Lehrer alle Hände voll zu tun haben, um im Schulwesen nicht nur nicht von der örtlichen Bevölkerung überflügelt zu werden, sondern auch den wichtigsten Forderungen der neuzeitlichen Schule gerecht zu werden.

Die elementarsten Forderungen sind: für jede Gruppe wenigstens einen Lehrer zu haben (in den kleinen Kolonien hat es der Lehrer mit 4-5 verschiedenen Gruppen zu tun); das Schulhaus muß der Palast im Dorfe sein mit viel Licht, Luft, Raum, Freundlichkeit und Behaglichkeit; Lehrer und Kinder dürfen mit den elementarsten Brotdingen nichts zu tun haben, um ihrer Arbeit nachgeben zu können. Und die Kardinalforderung: liebvolle Aufmerksamkeit und Interesse für die Entwicklung des heranwachsenden Geschlechts, das auf eine höhere Kulturstufe gebracht werden soll und dem nur durch Aufbesserung unserer Schulverhältnisse die Möglichkeit geboten werden kann, durch Ergründung anderer Berufe sich in größerem Maße in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Wirtschaftliches.

Die in der vorhergehenden Nummer ausgesprochene Vermutung, daß mit der Eröffnung des Kantors der Russischen Staatsbank in Tiflis die Möglichkeit geboten sein werde, Ueberweisungen von hier nach Rußland und aus Rußland hierher vorzunehmen, befähigt sich. Die Anweisungen können sowohl per Post, als auch telegraphisch vorgenommen werden. Da der Geldverkehr zwischen Rußland und Ausland geregelt erscheint, so kann das Konto der Bank auch als Vermittler bei Ueberweisungen nach dem Ausland in Anspruch genommen werden.

Durch die Blätter geht die Meldung, daß an vielen Orten Gegenseitige Kreditgesellschaften im Leben gerufen würden, darunter auch solche mit landwirtschaftlichem Charakter.

Wie Tifliser Blätter mitteilen, verläßt die Verwaltung der Transkaukasischen Eisenbahnen, das Ausreisen der Züge mit den Schiffahrtslinien des Kaspischen und Schwarzen Meeres in Einlang zu bringen, um so eine ununterbrochene Verbindung und Warenbeförderung zwischen Transkaukasien, Schwarzmeerehäfen und umgekehrt herzustellen, was für den Handel und den wirtschaftlichen Aufschwung von Bedeutung wäre.

Ende Dezember 1. J. erscheint eine statistisch-ökonomische Ausgabe des Zentral. Statist. Amtes der S. S. R. Georgien, die alle Gebiete der Volkswirtschaft Georgiens in der Periode 1908-1921 umfassen soll.

Die Ausfuhr spiritueller Getränke aus Georgien nach Rußland kann nur mit Erlaubnis des Weintrucks (Лосовитрцы) geschehen.

Jede Lösung des Problems einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen dem Kaukasus, mit seinem eigenartigen landwirtschaftlichen Kulturen, und dem breiten Ausland und dessen Industriezentren hat sich eine russisch-kaukasische Handelsgesellschaft gebildet, an der auch Privatkapital beteiligt ist.

Amerikanische Unternehmer haben, wie die „S. W.“ meldet, eine Art Naphthalongesellschaft auf Tiefbohrungen im Bakur Rayon erhalten.

Aierbadjan konzentriert das durch die Naturschauer erhaltene Getreide in Bakur, wo bis zum 21. Oktober schon ca. 842 000 Pud eingetroffen waren. Im ganzen sollen 1 338 000 Pud Weizen von der Steuer in Bakur eintreffen, das übrige soll an Ort und Stelle zu Saatwurzeln und zur Befriedigung verschiedener anderer Bedürfnisse in den einzelnen Kreisen belassen werden.

Auf dem Tifliser Geldmarkt sind im Laufe dieser Woche keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. 1 Goldrubel gleicht 105 000 Georg. Drac. Die georgischen Drac sind 42 mal teurer als die aierbadjaner und über 50 mal teurer als die russischen. Die deutsche Mark ist weiter. Auf dem Warenmarkt ist ebenfalls keine merkliche Veränderung eingetreten. Bemerkenswert ist nur, daß die Preise für örtliches Getreide und Mehl etwas abgestaut sind.

Der Herausgeber: Der R. B. des Verbandes der transk. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Fufajew, im Auftrage des Redaktionskomitees.